



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage 2024-GC-71

Vorbehalte zur Koordination der Strassenbauarbeiten in Broc und auf dem Abschnitt Corbières–Villarvolard

Urheber:	Barras Eric
Anzahl Mitunterzeichner/innen:	0
Einreichung:	20.03.2024
Begründung:	---
Überweisung an den Staatsrat:	20.03.2024
Antwort des Staatsrats:	27.08.2024

I. Anfrage

Noch bevor der Staat das Schreiben der vier Gemeinden des Jauntals, die die gesamte Bevölkerung repräsentieren, sowie die Fragen zweier Grossräte aus der Region beantwortet hat, hat er beschlossen, die Bauarbeiten auf dem Strassenabschnitt Corbières–Villarvolard parallel zu denen in Broc in Angriff zu nehmen. Dieser Entscheid wirft mehrere legitime Fragen auf.

Erstens:

1. Was hat der Staat in den verschiedenen Schreiben, die an ihn gerichtet wurden, nicht verstanden?
2. Ist die mangelnde Bereitschaft, auf lokale Anliegen zu reagieren und sie zu berücksichtigen, Ausdruck einer Unkenntnis der Realität vor Ort in der Staatsverwaltung?

Zweitens stellt sich die Frage nach dem gesunden Menschenverstand.

3. Hat er keinen Platz in den Entscheidungsprozessen des Staats? Arbeiten zu beginnen, ohne sich auch nur die Zeit zu nehmen, die Meinungen und Bedürfnisse vor Ort anzuhören, scheint jeder Logik des Regierens und der Achtung der betroffenen Bevölkerung zu widersprechen.
4. Dies wirft auch Fragen hinsichtlich der Wirksamkeit parlamentarischer Instrumente auf. Sollten in Zukunft verbindlichere legislative Instrumente in Betracht gezogen werden, um sicherzustellen, dass sich solche Fehlentwicklungen nicht wiederholen?

Es ist eine berechtigte Frage, ob die derzeitigen parlamentarischen Instrumente robust genug sind, um zu gewährleisten, dass die lokalen Interessen bei staatlichen Entscheidungen berücksichtigt werden.

5. Und schliesslich: Welchen Wert misst der Staat einem Appell bei, der aus einem ganzen Tal kommt und Bedenken und das Bedürfnis nach Dialog zum Ausdruck bringt?
6. Wirft die mangelnde Berücksichtigung dieses Appells nicht die Frage nach der eigentlichen Legitimität der Demokratie und der Funktionsweise staatlicher Institutionen auf?

Kurz gesagt, zeigt diese Situation nicht Lücken im Entscheidungsprozess des Staats auf und eine mangelnde Berücksichtigung der lokalen Interessen in seinem Entscheidungsprozess?

II. Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat kann die Fragen in Ergänzung zu seiner Antwort auf die gleichnamige parlamentarische Anfrage 2024-GC-55 von Grossrat Eric Barras und Grossrätin Annick Remy-Ruffieux wie folgt beantworten:

1. *Was hat der Staat in den verschiedenen Schreiben, die an ihn gerichtet wurden, nicht verstanden?*

Der Staatsrat bestätigt, dass er die in der Einleitung erwähnte parlamentarische Anfrage, die am 1. März 2024, also 19 Tage vor der vorliegenden Anfrage, eingereicht wurde, zur Kenntnis genommen und ihren Inhalt verstanden hat. Dasselbe gilt für die Staatsangestellten, die Adressaten der erwähnten Schreiben waren.

2. *Ist die mangelnde Bereitschaft, auf lokale Anliegen zu reagieren und sie zu berücksichtigen, Ausdruck einer Unkenntnis der Realität vor Ort in der Staatsverwaltung?*

Der Staat berücksichtigte das von Politikerinnen und Politikern wiederholt vorgetragene Anliegen, die namentlich in zwei parlamentarischen Anfragen von 2021 und 2022 zum selben Thema («Wann wird die Strasse Corbières–Villarvolard saniert?») und «Strasse Corbières–Villarvolard: Wie weit ist die RIMU?»), ihren Ausdruck fanden und in denen mit Ungeduld die Durchführung dieser Arbeiten gefordert wurde.

3. *Hat er keinen Platz in den Entscheidungsprozessen des Staats? Arbeiten zu beginnen, ohne sich auch nur die Zeit zu nehmen, die Meinungen und Bedürfnisse vor Ort anzuhören, scheint jeder Logik des Regierens und der Achtung der betroffenen Bevölkerung zu widersprechen.*

Siehe Antwort auf Frage 2. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden entwickelt.

4. *Dies wirft auch Fragen hinsichtlich der Wirksamkeit parlamentarischer Instrumente auf. Sollten in Zukunft verbindlichere legislative Instrumente in Betracht gezogen werden, um sicherzustellen, dass sich solche Fehlentwicklungen nicht wiederholen?*

Da die Anfrage laut Artikel 77 des Grossratsgesetzes ein Auskunftsgesuch einer Grossrätin oder eines Grossrats an den Staatsrat über Angelegenheiten der Verwaltung ist (und nicht ein Instrument zur Mitsprache in der Verwaltung) und da die vorliegende Frage diesen Rahmen sprengt, enthält sich der Staatsrat einer Antwort. Er erinnert jedoch daran, dass der Grosse Rat das Grossratsgesetz kürzlich revidiert hat (das revidierte Gesetz ist am 1. Januar 2023 in Kraft getreten), ohne zusätzliche Instrumente vorzusehen.

5. *Und schliesslich: Welchen Wert misst der Staat einem Appell bei, der aus einem ganzen Tal kommt und Bedenken und das Bedürfnis nach Dialog zum Ausdruck bringt?*

Der Staat hat bei der Festlegung des Zeitplans für die Durchführung der Arbeiten die zahlreichen Sachwänge abgewogen, die mit einer solchen Baustelle einhergehen, insbesondere die Verkehrsbehinderungen während einiger Wochen, den zweimal bekundeten politischen Willen, die Arbeiten schnell durchzuführen, sowie die Mehrkosten einer Verschiebung der Bauarbeiten (siehe

Antwort des Staatsrats auf den eingangs erwähnten parlamentarischen Vorstoss mit demselben Titel und zum selben Thema).

6. *Wirft die mangelnde Berücksichtigung dieses Appells nicht die Frage nach der eigentlichen Legitimität der Demokratie und der Funktionsweise staatlicher Institutionen auf?*

Die Gleichzeitigkeit dieser Arbeiten ist nicht das Resultat einer mangelnden Rücksichtnahme des Staats auf die Strassenbenutzerinnen und -benutzer, sondern des Willens, auf die Forderungen aus der Bevölkerung nach einer schnellen Bereitstellung eines qualitativ hochwertigen Strassenabschnitts mit Radverkehrsanlagen einzugehen. Die zahlreichen Strassenbauprojekte in der Region zeigen, dass sich der Staat für sie interessiert.